

Sitzung des Finanzausschusses
Freitag, 01.09.2023, 08:30 Uhr

Tischvorlage

TOP 2	Bericht zur Haushaltssituation 2023 mit Ausblick auf 2024	133/2023
-------	---	-----------------

Für die Zukunft gesattelt.

-TOP 2-

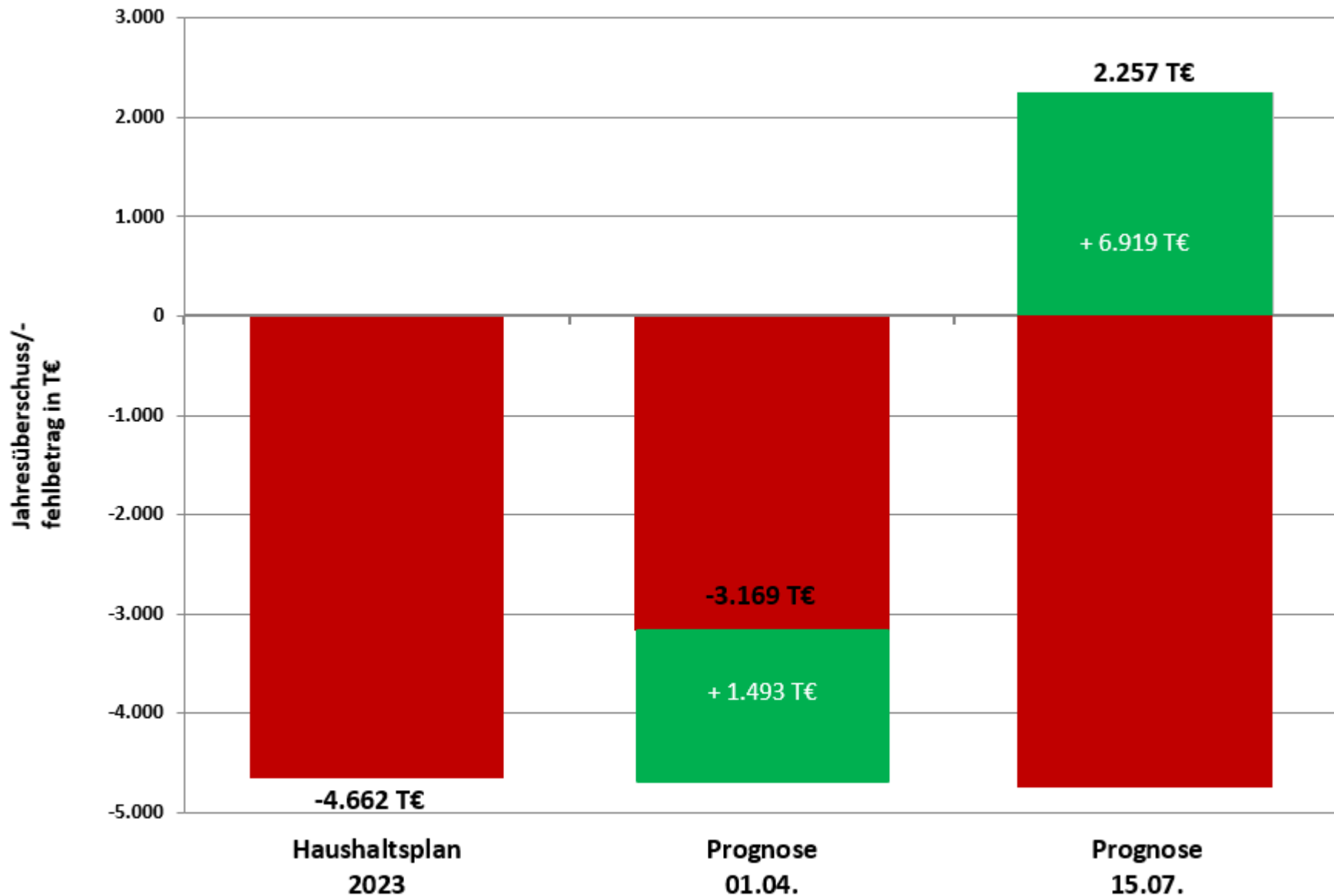
**Bericht zur Haushaltssituation 2023
mit Ausblick auf 2024**

Stichtag 15.07.2023

Finanzausschuss
am 01.09.2023



Entwicklung Jahresergebnis 2023 (Prognose)



Prognose wesentliche Veränderungen

Bereich	Ver- besserung in T€	Ver- schlechterung in T€
Personalbudget		253
Bereich des Sozialamtes - gesamt -	1.892	
Bereich des Jugendamtes - gesamt -		655
Bereich des Jobcenters - gesamt -	3.579	
Bundesbeteiligung der KdU		1.385
Bereich der Kämmerei	2.886	
Bereich des Amt für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr (ohne Gebühren)		313
Amt für Jugend und Bildung (Bereich Schulen)	226	
Impfzentrum / KoCI	228	
Bereich Gebührenhaushalte (ohne Jugendamt und Rettungsdienst)	280	
weitere Veränderungen in verschiedenen Bereichen	434	
Summe	9.525	2.606
Veränderung insgesamt	6.919	
geplantes Jahresergebnis 2023	-4.662.464	
Prognose neues Jahresergebnis 2023	2.257.024	

Personalbudget (Verschlechterung rd. 253 T€)

- Finanzstatusbericht 01.04.2023: Verschlechterung rd. 1.321 T€
- Im Vergleich zum letzten Finanzstatusbericht führen die Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen i. H. v. rd. 1 Mio. € zu einer Veränderung.
- Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen trotz Tarifeinigung nicht so stark an, wie im ersten Finanzstatusbericht angenommen; das ist u. a. auf Stellenvakanzen zurückzuführen.

Sozialamt (Verbesserung rd. 1.892 T€)

Einsparung im Produkt „Hilfe zum Lebensunterhalt“

- Einsparung i. H. v. 905 T€ bei den „Transferaufwendungen“, da die Zahl der Schutzsuchenden aus der Ukraine bisher nicht so hoch ist wie bei der Haushaltsplanung angenommen.

Verbesserung im Produkt „Schwerbehindertenangel. nach SGB IX“

- Die Änderungsverordnung der Fallkostenpauschale (Anhebung von 63,50 € auf 79,00 €) wird die Einnahmen der Landeszuwendungen für Beweiserhebungskosten im Schwerbehindertenrecht voraussichtlich um rd. 130 T€ erhöhen.

Verbesserung im Produkt „Pflege“

- Die Fallzahlen sind bisher nicht so hoch wie bei der Haushaltsplanung angenommen, sodass mit einer Einsparung i. H. v. rd. 537 T€ gerechnet wird.
- Erträge i. H. v. ca. 350 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen

Jugendamt (rd. 655 T€ Verschlechterung)

Mehrbelastung im Produkt „Soziale Prävention und frühe Hilfen“

- Anstieg der Transferaufwendungen i. H. v. rd. 112 T€ aufgrund steigender Schülerzahlen und des Tarifabschlusses (Kosten für Patenprogramme, Hilfen Ü II / OGS)
- Erträge i. H. v. ca. 45 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen

Mehrbelastung im Produkt „Beratung“

- Gestiegene Kosten (+ 10 %, insbesondere für Personal- und Gemeinkosten) im Bereich Zuschüsse an Familien- und Lebensberatungsstellen sowie Erziehungsberatungsstellen (Mehraufwand von rd. 112 T€)
- Erträge i. H. v. ca. 79 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen

Mehrbelastung im Produkt „Flexible erzieherische Hilfen“

- Kostensteigerung Erziehungsbeistand sowie gestiegene Fallzahlen und Kosten Sozialpädagogische Familienhilfe (Mehraufwand von rd. 230 T€)
- Erträge i. H. v. ca. 109 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen

Jugendamt (rd. 655 T€ Verschlechterung)

Verschlechterung im Produkt „Außerfamiliäre Hilfsformen“

- Kostensteigerungen Transferaufwendungen (rd. 695 T€)
 - im Bereich der Heimunterbringungen aufgrund von gestiegenen Fallzahlen sowie damit einhergehenden Kostensteigerungen
 - Gestiegene Kinderschutzfälle
 - Unterbringung von psychisch Kranken
- gestiegene Kostenerstattungen an andere Jugendämter um rd. 90 T€
- Dagegen stehen Mehrerträge i. H. v. 544 T€, überwiegend resultierend aus
 - Kostenbeiträge für stationäre Hilfen
 - Rückzahlung gewährter Hilfen
 - Landeserstattungen für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA)
- Erträge i. H. v. ca. 193 T€ aus der Auflösung von Rückstellungen

Verteuerung im Produkt „Kinder in Tageseinrichtungen, Tagespflege und Spielgruppen“

- Nachmeldungen der Kinder mit Behinderungen für das abgelaufene Kindergartenjahr führen zu einem saldierten Mehraufwand i. H. v. rd. 556 T€ (Mehraufwand: 975 T€, Mehrertrag aus Landeszuwendungen: 419 T€); Meldung erfolgt zum Stichtag 31.07. eines Jahres

Jobcenter (rd. 3.579 T€ Verbesserung) saldierte mit Bundesbeteiligung KdU (Produkt 160110): rd. 2.194 T€

Produkt „Grundsicherung für Arbeitssuchende“

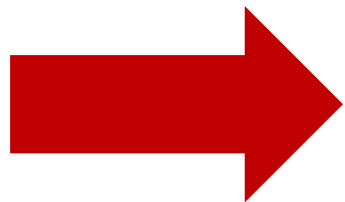
- Bei den Kosten der Unterkunft und Heizung werden Mindererträge i. H. v. 1,01 Mio. € und dem gegenüber stehender Minderaufwand i. H. v. 4,71 Mio. € prognostiziert.
- Mehrerträge i. H. v. 1,9 Mio. € aufgrund von Erstattungen überzahlter Leistungen
 - Rückforderungen Leistungsbezieher
 - Erstattungsansprüche gegenüber Sozialleistungsträgern
 - Rückwirkende Festsetzung vorläufig bewilligter Leistungen aufgrund von drohenden Verjährungen
 - Erstattungsansprüche Wohngeld
- Den Mehrerträgen aus Erstattungen überzahlter Leistungen stehen Mehraufwendungen im Bereich der Transferaufwendungen (Bürgergeld und Sozialversicherungsbeiträge) i. H. v. rd. 1,4 Mio. € gegenüber
- Höhere Erstattungen von Verwaltungskosten des Bundes i. H. v. rd. 589 T€ aufgrund der Tarifeinigung
- Mehraufwand i. H. v. rd. 834 T€ im Bereich Bildung und Teilhabe
- Mindererträge im Bereich der Unterhaltsheranziehung i. H. v. 270 T€

Bundesbeteiligung KdU

- Niedrigere Kosten für Unterkunft und Heizung im Vergleich zum Haushaltsansatz 2023
 - Dies wirkt sich auf den Erstattungsbetrag des Bundes (Produkt 160110 „Steuern, allgemeine Zuweisungen/ Umlagen“) aus: rd. 1.385 T€ Verschlechterung.

- Inanspruchnahme der im Jahresabschluss 2022 gebildeten passiven Rechnungsabgrenzungsposten (nicht verausgabte zweckgebundene Zuwendungen aus Vorjahren) i. H. v. rd. 1,87 Mio. €
 - Zuweisung zur weiteren Unterstützung bei den corona-bedingten Haushaltsbelastungen aus dem Jahr 2022 in Höhe der Aufwendungen aufgrund der Corona-Pandemie im Haushalt 2023 (300 T€)
 - 3. Tranche der Zuweisungen für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung geflüchteter Personen und Schutzsuchender aus der Ukraine (1.578 T€)
 - **ob und ggf. in welcher Höhe der Kreis Warendorf Mittel in 2023 erhält, steht noch nicht fest**
- Mehrerträge i. H. v. 300 T€ für die Umsetzung des Förderprogramms „Gute Schule 2020“, die entsprechenden Aufwendungen sind in anderen Produkten zu verzeichnen (Ermächtigungsübertragungen)
- Mehrerträge i. H. v. 750 T€ im Bereich der Zins- und Finanzerträge für kurzfristige Geldanlagen

- **4,662 Mio. €** Jahresfehlbetrag gemäß Haushaltsplan 2023
- + **6,919 Mio. €** Verbesserung gemäß Finanzstatusbericht
- + **2,257 Mio. €** Jahresüberschuss



Zuführung zur Ausgleichsrücklage

Entwicklung der Ausgleichsrücklage

Bestand der Ausgleichsrücklage zum 31.12.2022	12,35 Mio. €
+ Jahresüberschuss des Haushaltsjahres 2022 (Zuführung Ausgleichsrücklage)	1,19 Mio. €
= Bestand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.2023	13,54 Mio. €
Jahresfehlbetrag gemäß Haushaltplan 2023	-4,66 Mio. €
+ Verbesserung zum Finanzstatus 15.07.2023	6,92 Mio. €
= Jahresüberschuss Stand 15.07.2023	2,26 Mio. €
<i>Möglicher Bestand der Ausgleichsrücklage</i>	<i>15,80 Mio. €</i>
Stand: 15.07.2023	

- Die Steuerkraftmesszahl der kreisangehörigen Kommunen wird im Vergleich zum GFG 2023 für das GFG 2024 um rd. 3,7 Mio. € (- 0,88%) sinken
- Die Schlüsselzuweisungen der 9 nicht abundanten kreisangehörigen Kommunen werden im Vergleich zum GFG 2023 um rd. 10,85 Mio. € (+ 18,55 %) steigen
- Umlagegrundlagen für die allgemeine Kreisumlage steigen um rd. 7,14 Mio. € (+ 1,48 %)
- Schlüsselzuweisungen Kreis Warendorf werden um rd. 900 T€ auf rd. 49,68 Mio. € steigen

Ausblick: Haushalt 2024

- Drastisch steigende Personalaufwendungen aufgrund des Tarifabschlusses für Angestellte auch mit Auswirkungen auf die Sozialtransferleistungen
- Steigende Personal- und Versorgungsaufwendungen aufgrund der anstehenden Erhöhung der Beamtenbesoldung (Rückstellungen)
- LWL-Umlage !
- Steigende Kosten für ÖPNV
- Entwicklung der Baukosten, Kosten für IT-Ausstattung, der Energiepreise und der Fachkräftemangel sowie Störungen der Lieferketten führen dazu, dass die Plankalkulationen überarbeitet werden müssen (Preissteigerungen)
- Auslaufen von Förderprogrammen in 2023 ff.
- Erhöhter Flüchtlings-Zustrom
- Forderungen nach nachhaltiger Ausstattung mit Finanzmitteln durch Bund und Land
- Eckdatenpapier am kommenden Dienstag für den Start des Benehmensherstellungsverfahrens

Für die Zukunft gesattelt.



Stellen Sie gerne Ihre Fragen!

Kreis Warendorf
Waldenburger Straße 2
48231 Warendorf
www.kreis-warendorf.de

